**Manifest 7. März**

**Kein neuer Pakt gegen die Frauen: Lohngleichheit jetzt erst recht!**

Zwei Themen beherrschen derzeit die Schlagzeilen, der starke Franken und die drohende Wirtschaftskrise. Bei aller Ungewissheit, die da auf uns zukommt, ist aber in gewissen Kreisen eines heute schon klar: Die Anliegen der Frauen sollen auf der Strecke bleiben.

Es ist von Deregulierungsprogrammen die Rede. Diese beinhalten den Verzicht auf die Lohngleichheit und die angemessene Vertretung der Frauen in Kaderpositionen und Verwaltungsräten, wie in der „NZZ am Sonntag“ vom 22. Februar zu lesen war. Beides ist aber aus volkswirtschaftlichen Gründen verantwortungslos und aus Gerechtigkeitsüberlegungen inakzeptabel.

Wir, die Unterzeichnerinnen dieses Manifests, akzeptieren nicht, dass man den Gleichstellungsartikel zu einem Konjunkturartikel degradiert. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein Grundrecht. Es gilt auch in einem Wahljahr und in Währungskrisen.

In der Bundesverfassung steht (Art.8 Abs.3): «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Über 30 Jahre nach Annahme dieses Verfassungsartikels verdienen wir Frauen in der Schweiz immer noch 18,9 Prozent weniger als die Männer. 8.7% einzig und alleine aufgrund unseres Geschlechts. Das muss sich dringend ändern.

Wir Unterzeichnerinnen dieses Manifests wehren uns für die Lohngleichheit, jetzt erst recht!